

15. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz, 14. Jänner 1948.

160/J

A n f r a g e

der Abg. Widmayer, Frühwirth, Neugebauer und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Beschlagnahme von Kraftfahrzeugen für Zwecke der Besatzungsarmee.

-.-.-.-.-

Die gefertigten Abgeordneten machen den Herrn Bundesminister für Inneres darauf aufmerksam, daß über Weisung der Bezirkshauptmannschaft Korneuburg auf Grund des Reichsleistungsgesetzes von Firmen und Privatpersonen Kraftwagen samt Fahrer für Zwecke der Besatzungsmacht beschlagnahmt werden. Die Betroffenen werden angewiesen, im Falle der Verhinderung von sich aus Fahrzeug, offenbar auch Ersatzfahrer zu stellen.

Diese Anwendung des Reichsleistungsgesetzes beweist aufs neue die Notwendigkeit einer ehestens Beseitigung dieses für die Kriegsmaschine Hitlersdeutschlands geschaffenen und in der Republik Österreich von Behörden noch immer angewendeten Gesetzes. Die geschilderte Verwendung läßt sich aber selbst aus dem Wortlaut des Zwangsgesetzes nicht ableiten, da ja Bedürfnisse der Besatzungsmacht nicht staatlichen Bedürfnissen gleichgestellt werden können.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, den ihm unterstellten Behörden die Dienstweisung zu geben, in Hinkunft Beschlagnahmungswünsche von Besatzungsmächten nicht mit in Geltung stehenden österreichischen Rechtsgrundlagen, sondern mit der völkerrechtlichen Tatsache der Besetzung Österreichs zu begründen?

-.-.-.-.-